

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

am vergangenen Wochenende hat die schwarz-gelbe Koalition in einem letzten, verzweifelten Akt versucht, so etwas wie eine gemeinsame Linie zu finden. Bei dem Zwang zum Kompromiss ist offenbar jeder politische Sachverstand abhanden gekommen: In Zeiten einer europaweiten Schuldenkrise Steuern auf Pump senken zu wollen ist in jeder Hinsicht unverantwortlich. Am Ende zahlen es doch die Bürger, zum Beispiel mit höheren kommunalen Beiträgen. Die SPD wird diesem Quatsch im Bundesrat ein Ende setzen. Auch die angekündigte Pflegereform ist peinlich und kostet nur Geld – von einem Konzept fehlt dagegen jede Spur.

Am unsinnigsten ist allerdings das zynische Betreuungsgeld. Dass die einstmalen so stolzen Liberalen dieser Fernhalteprämie zustimmen ist einem Kuhhandel mit der CSU geschuldet, die dafür der Mini-Steuersenkung zugestimmt hat. Besonders absurd ist das Argument der Betreuungsgeld-Fans: Es ermögliche Wahlfreiheit. Die Familien könnten nun wählen, ob sie das Kind in die Krippe geben oder daheim behalten. Mit genau diesem Schlagwort, Wahlfreiheit, hatte zuvor immer Ex-Familienministerin von der Leyen (CDU) argumentiert, als sie sich für den notwendigen Ausbau von Krippen einsetzte. Das ist verkehrte Welt.

Wie soll vernünftige Integration funktionieren, wenn die Gefahr besteht, dass durch das Betreuungsgeld womöglich genau diejenigen Kinder den Tagesstätten fernbleiben, die dringend Deutsch lernen und mit Gleichaltrigen zusammenkommen müssten?

Dass die Koalition keinen Sinn für wahre Integrationspolitik hat, bewies sie auch bei ihrer skandalösen Ablehnung unseres Gesetzentwurfs zur doppelten Staatsangehörigkeit. Mit diesem Gesetz würde endlich auch den Migranten Respekt gezollt, die sich als In- und Ausländer fühlen, die einen Loyalitätskonflikt in sich tragen. Dem kann sich eine moderne Gesellschaft doch nicht verweigern.

Auch dem gesetzlichen Mindestlohn können sich eine realitätsnahe Gesellschaft und Politik nicht verwehren. Und doch lehnt die Union einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn weiterhin ab. Sie will eine Lohnuntergrenze. Doch wer behauptet, er wolle eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze, kann keine branchenbezogenen oder regionalen Abweichungen hinnehmen. Sozial ist schließlich, was Arbeit schafft, von der man leben kann – unabhängig von ergänzender Sozialhilfe. Wir fordern darum einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde.

Mit herzlichen Grüßen

Eure Petra Ernstberger

---

#### IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,  
JOHANNA TIGGES  
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 11.11.2011 13.00 UHR

## Inhaltsverzeichnis

02	Aktuelle Stunde: Betreuungsgeld	12	Doppelte Staatsangehörigkeit einführen
04	Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig	13	Warum die SPD-Fraktion die Koalitionsbeschlüsse ablehnt
06	Verbot von Streumunition erhalten	16	Kampf gegen Rechtsextremismus im Sport
07	Menschenrechte in Subsahara fördern	17	Klimadiplomatie stärken
08	Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene kommt	18	Integrierte Verkehrspolitik nutzen
09	Debatte Finanzmarktregulierung	19	Bürokratieabbau ist zum Stillstand verkommen
11	Glücksspielsucht bekämpfen	20	Projekt Zukunft: Bürgerbeteiligung

## AKTUELLE STUNDE

### Betreuungsgeld hält Kinder von früher Bildung fern

Damit die CSU die unverantwortliche schwarz-gelbe Steuersenkung mitträgt, hat die Koalition am 6. November das auch in ihren eigenen Reihen umstrittene Betreuungsgeld beschlossen. Es ist vorgesehen, Eltern, die ihre Kinder nach den ersten zwölf Monaten nicht in einer Krippe oder in einer Tagespflegestelle betreuen lassen, von 2013 an monatlich 100 Euro zu bezahlen. Von 2014 an sollen es 150 Euro pro Monat sein. Insgesamt werden dem Bundeshaushalt so jährlich Kosten in Höhe von 2 Milliarden Euro entstehen.

#### Fernhalteprämie Betreuungsgeld von Anfang an in der Kritik

Das Betreuungsgeld wird, seitdem es von der CSU während der Großen Koalition auf die Tagesordnung gesetzt wurde, heftig kritisiert. Deshalb nahm die SPD 2007/08, um den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach dem ersten Lebensjahr gegen Widerstände aus der Union durchzusetzen, dieses Vorhaben als Kompromiss mit der CSU nur als unverbindliche Soll-Maßnahme ab 2013 in das Kinderförderungsgesetz auf. Damals warf die FDP den Sozialdemokraten vor, damit Wahlkampf für die CSU zu machen, heute schreiben die Liberalen an der Seite der Union das Betreuungsgeld gesetzlich fest. Die Sozialdemokraten wollten und wollen diese unsinnige Maßnahme nie realisieren.

#### Fernhalteprämie setzt Zukunftschancen von Kindern aufs Spiel

In einer von der SPD-Bundestagsfraktion beantragten Aktuellen Stunde bezeichnete Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier das Betreuungsgeld als „familienpolitischen, finanzpolitischen, integrationspolitischen, frauenpolitischen und wirtschaftspolitischen Unsinn“. An die Abgeordneten der schwarz-gelben Koalition, die das Betreuungsgeld ablehnen, richtete er die Bitte, diesen verhängnisvollen Weg nicht mitzugehen.

Die SPD werde dem Betreuungsgeld nicht zustimmen, da damit die Weichen falsch gestellt werden. Das Betreuungsgeld setze als Fernhalteprämie die Chancen der Kinder aufs Spiel, die

frühe Bildung am nötigsten haben. In der ganzen vergangenen Woche habe er von Schwarz-Gelb anlässlich des 50. Jahrestages des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens Reden gehört, die betonten, wie wichtig es sei, dass Kinder aus Migrantenfamilien vor dem Schulbesuch die deutsche Sprache erlernen. Doch am Sonntag habe die Koalition sich mit der Einführung der Bildungs-Fernhalteprämie dafür entschieden, einen Anreiz zu schaffen, um genau diese Kinder aus den Kitas fernzuhalten. Die 2 Milliarden Euro, die jetzt für die Fernhalteprämie verschwendet würden, sollten in den Ausbau von Krippenplätzen und die Finanzierung von Erzieherinnen und Erziehern investiert werden. Denn nach aktuellen Berechnungen fehlen 233.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, um den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung erfüllen zu können. Mit den 2 Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld jährlich kostet, könnten rund 50.000 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden.

### **Wahlfreiheit für Eltern besteht erst mit genügend Betreuungsplätzen**

„Seit Sonntag fahren Sie eine Verdummungskampagne,“ warf Fraktionsvizin Dagmar Ziegler Schwarz-Gelb vor. Wo bleibe denn die Wahlfreiheit für die Familien, ihre Kinder entweder selbst zu Hause zu betreuen oder sie in einer Kita betreuen zu lassen, wenn es nicht genug Betreuungsplätze gebe? Die Zeche dafür müssten später die Kinder bezahlen, die keine grundlegende Bildung im Elternhaus bekommen und die Alleinerziehenden, die keinem Beruf nachgehen könnten und die Wirtschaft, weil gut ausgebildete Frauen zu Hause blieben. Auch beim Betreuungsgeld zeige sich nun in der Koalition Streit in der Ausgestaltung des Gesetzes. So fordere Christian Lindner von der FDP, dass das Betreuungsgeld bei Hartz-IV-Empfängern auf die Transferleistungen angerechnet werden soll, wogegen es Widerstand aus der CSU gebe.

Unter Rot-Grün sind 4 Milliarden Euro in den Ausbau von Ganztagschulen investiert worden, und in der Großen Koalition setzte die SPD den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes durch. Dagmar Ziegler erinnerte Ministerin Kristina Schröder (CDU) daran, dass der Rechtsanspruch 2013 nicht eingeführt werde, sondern bereits beschlossen sei und der Krippenausbau weit hinter dem Bedarf zurück bleibe. Deshalb müsse erneut ein Krippengipfel stattfinden, um das Problem der fehlenden kommunalen Mittel anzugehen.

In den laufenden Haushaltsberatungen wird die SPD-Fraktion beantragen, für das Jahr 2012 zusätzlich 300 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt für den Betreuungsausbau bereit zu stellen. Nur so kann der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für alle Kinder sichergestellt werden. Die dafür erforderlichen Mehrausgaben sollen durch den „Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung“ finanziert werden.

### **Geld für die Nichtinanspruchnahme staatlicher Leistungen zu zahlen, ist absurd**

Als höchst absurd bezeichnete die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks, die Logik, die hinter der Fernhalteprämie Betreuungsgeld steht: Es werde „Geld für die Nichtinanspruchnahme staatlicher Leistungen gezahlt.“ So könnte auch Geld erstattet werden, wenn jemand die Bibliotheken oder das Schwimmbad nicht nutze oder nur zehn anstatt 13 Jahre zur Schule gehe.

Die Fernhalteprämie sei ein vergiftetes Geschenk mit Blick auf die Bildungschancen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Verfassungsrechtlich bedenklich sei die Einführung des Betreuungsgeldes auch, da es nichts zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern beitrage und auch bestehende Nachteile nicht beseitige. Damit werde ein altes Rollenbild gefördert. Außerdem unterstütze das Betreuungsgeld nicht alle Familien, auch das entspreche nicht dem Grundgesetz. Wenn nur bestimmte Familien gefördert werden, müsse dies gut begründet werden, sagte Marks. Genau das mache laut Medienberichten die Experten im Familienministerium und im Kanzleramt ratlos bei der Gestaltung eines verfassungskonformen Gesetzes. Caren Marks gab der Regierung den Rat: „Lassen Sie es doch einfach.“

### **Bildung beginnt nicht erst in der Schule**

Schwarz-Gelb wisse ganz genau, dass das Betreuungsgeld gerade bei Familien mit geringen Einkommen dazu führen werde, dass deren Kinder von der Kita ferngehalten würden, sagte die bayerische SPD-Abgeordnete Marianne Schieder. Gerade für diese Kinder sei frühkindliche Bildung wichtig. So würde ihnen die Zukunft verbaut, da Bildung bekanntermaßen nicht erst in der Schule beginne. Damit werde die soziale Spaltung weiter voran getrieben.

### **Einige interessante Zitate rund ums Betreuungsgeld:**

**Miriam Gruß (FDP) im Bundestag, 26.09.2008:** „Mit dem Betreuungsgeld verstärken wir den Teufelskreis, in dem Kinder, die von zu Hause keine Chance auf frühe Bildung (...) haben, vom Kindergarten ausgeschlossen werden, weil ihre Eltern mit 150 Euro lieber ihre Haushaltskasse aufbessern. (...) Haben Sie vielleicht auch einmal an die Kinder gedacht, anstatt nur an die potenziellen CSU-Wähler-Eltern, die Sie mit diesem Geschenk vor der Wahl ködern wollen?“

**Aus dem Kommentar der Süddeutschen Zeitung vom 8.11.2011:** Jetzt lässt sich ausgerechnet die FDP mit der CSU auf genau diesen Deal ein: „Das Betreuungsgeld ist das Resultat eines politischen Kuhhandels in der Bundesregierung: Die FDP darf Steuersenkungen vermelden, dafür kriegt die CSU ihre Kita-Verzichtsprämie“

**Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung und Vorsitzende der Frauen Union, Maria Böhmer (CDU) in der Tageszeitung „Die Welt“:** Die Frauen Union in der CDU habe sich eine andere Lösung gewünscht. Die Regelungen dürften sich nicht zum Nachteil der Kinder auswirken: „Es wäre zum Beispiel kontraproduktiv, wenn Migrantenkinder jetzt nicht mehr die frühen Hilfen nutzen würden.“

**Zitat der Vorsitzenden des Familienausschusses im Bundestag, Sibylle Laurischk (FDP) in der „Rheinischen Post“:** „Die FDP wollte das Betreuungsgeld nicht und wir halten es für fragwürdig“, Es wäre besser, das Geld in die frühkindliche Bildung von Kindern zu stecken.

## **ARBEIT**

### **Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig**

Angela Merkel rudert beim Mindestlohn zurück: Untergrenze ja, Einheitsbetrag nein. Für die SPD-Fraktion steht fest: Irgendwelche Lohnuntergrenzen helfen nicht. Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann – unabhängig von ergänzender Sozialhilfe. Deshalb fordern die Sozialdemokraten einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von einheitlich 8,50 Euro pro Stunde.

Vergangene Woche wurde bekannt, dass die Antragskommission der CDU dem Bundesparteitag empfehlen will, „eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert.“ Ein Vorstoß, der auf den ersten Blick nach einer Wende der Union hin zu einem allgemeinen Mindestlohn aussieht – und prompt auf heftige Kritik innerhalb der CDU und beim Koalitionspartner FDP stieß.

Von einer „Diskussion zur Unzeit“ sprachen die einen (Michael Kretschmer, Unions-Fraktionsvize und Generalsekretär der CDU Sachsen), von einer „Gespensterdebatte“ die anderen (Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates). Die Mittelstandsvereinigung der Union wettete, die Festlegung einer Lohnuntergrenze sei „ordnungspolitisch nicht vertretbar“ (Hans Michelbach, CSU).

FDP-Parteivizin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sagte: „Die FDP kann sich auf das Abenteuer eines gesetzlichen Mindestlohnes nicht einlassen.“ Und der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle kritisierte, die CDU nähere sich sozialdemokratischen Positionen an.

CDU-Chefin Merkel ruderte zurück und stellte klar: Sie wolle keinen einheitlichen Mindestlohn, sondern regional- und branchenspezifische Regelungen.

#### **„Sie wissen nicht, was Sie tun“**

Wer behauptet, er wolle eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze, könne keine branchenbezogenen oder regionalen Abweichungen hinnehmen, kritisierte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am 09. November in der Aktuellen Stunde des Bundestages. Merkel mache „die Lohnuntergrenze zum Schweizer Käse.“

SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil stieß mit seiner Kritik in die gleiche Richtung: „Sie wissen nicht, was Sie wollen, und Sie wissen nicht, was Sie tun“, sagte er an die Abgeordneten von Union und FDP gewandt. Der Arbeitsmarktexperte monierte unter anderem die in dem CDU-Vorschlag vorgesehene Beschränkung der Lohnuntergrenze auf Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt. Heil verwies auf den Tariflohn für Friseurinnen und Friseure in Sachsen, der gerade mal etwas über 3 Euro liegt. Die SPD hält es für falsch, solche Bereiche von einer allgemeinen Mindestlohnregelung auszunehmen.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anette Kramme, machte außerdem deutlich, dass es nicht um irgendeinen Mindestlohn gehen kann – egal wie hoch. Sie kritisierte die von der CDU diskutierte Orientierung einer Lohnuntergrenze am Mindestlohn in der Zeitarbeit, was einer Mindestlohnhöhe von 7,01 Euro (Ost) bzw. 7,89 Euro (West) entsprechen würde.

#### **Einheitlich 8,50 Euro pro Stunde sind das Mindeste**

Für die SPD-Fraktion steht fest: Eine zu niedrige allgemeine Lohnuntergrenze bringt nichts. Der Mindestlohn muss die Beschäftigten unabhängig von ergänzender Sozialhilfe machen – auch im Alter.

Hubertus Heil betonte: „Wir wollen einen Vorrang für tarifvertragliche Mindestlöhne.“ Die Koalition könnte „ohne weiteres etwas dafür tun, dass tarifvertragliche Mindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz einfacher möglich wären“. Dafür müssten lediglich alle Branchen in das Gesetz aufgenommen werden, dann könnten entsprechende Branchentarifverträge für allgemein verbindlich erklärt werden.

Die SPD hatte in den letzten Jahren konsequent jede sich bietende Gelegenheit ergriffen, um die Ausweitung branchenbezogener Mindestlöhne gegen die Union durchzusetzen, musste der Union das aber Branche für Branche abtrotzen.

Weil es aber in einigen Branchen Tarifverträge gibt, „die ihren Namen nicht verdienen“, wie Heil sagte, fordert die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, branchenbezogene Regelungen durch einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro zu flankieren.

#### **Die Union muss Farbe bekennen**

Die Mindestlohn-Rhetorik der CDU-Führung darf kein symbolpolitisches Placebo bleiben. Hubertus Heil zitierte Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende kündigte an, dass die Sozialdemokraten nach dem CDU-Parteitag einen Antrag zur Einführung einer allgemeinen Lohnuntergrenze im

Bundestag vorlegen werden. Über diesen Antrag wird die SPD-Fraktion namentlich abstimmen lassen. Dann muss die Union beweisen, wie ernst es ihr ist.

Heil selbst glaubt nicht daran, dass es mit Schwarz-Gelb in dieser Legislaturperiode zu einem allgemeinen Mindestlohn kommen wird. „Das ist die schlechte Nachricht für die Menschen in Deutschland“, so Heil.

„Wir werden das erledigen,“ kündigte Andrea Nahles für die nächste Wahlperiode an. Das ist die gute Nachricht.

## AUSSEN

### **SPD und Grüne gegen eine Aufweichung des Verbotes von Streumunition**

Antipersonenminen und Streumunition sind grausame Waffen. Die weit überwiegende Zahl der Opfer sind Zivilistinnen und Zivilisten, darunter vor allem Kinder. Weil die Minen oftmals nicht sofort explodieren, werden auch noch lange nach dem Abwurf Menschen durch sie getötet oder verstümmelt. Noch heute bedrohen Millionen nicht explodierter Minen und Streumunitionen die Bevölkerung vieler Staaten. Und neue Gefährdungen drohen.

Ein Meilenstein im Kampf gegen Streumunition ist die Convention on Cluster Munitions – kurz CCM genannt. Auf deutsch meint das schlicht die „Konvention gegen Streumunition“. Sie trat im August 2010 inkraft und entwickelt das Humanitäre Völkerrecht bedeutend weiter. Nicht zuletzt durch diese Konvention kam es zu der weltweiten Ächtung der Einsätze von Streumunition durch libysche und thailändische Truppen. Die CCM bildet demnach Normen, die nicht unterminiert werden dürfen. Deutschland hat sich mit der Ratifikation der CCM dazu verpflichtet, das Verbot des Einsatzes, der Herstellung und Weitergabe von Streumunition konsequent und umfassend umzusetzen. Das ist insofern extrem wichtig, weil noch immer nicht alle Staaten der CCM beigetreten sind.

#### **Neues Protokoll unterwandert alte Standards**

Die Mehrzahl der Hersteller- und Besitzerstaaten, darunter die USA, China und Russland gehören nicht zu den Vertragsstaaten. Und nun wollen einige von ihnen auch noch neue Standards setzen, die die CCM-Standards unterlaufen würden, sie quasi konterkarieren. Diese Bemühungen konzentrieren sich auf das VN-Waffenübereinkommen (Convention on Certain Conventional Weapons – CCW), bei dem im November 2011 Entscheidungen über den aktuellen Protokollentwurf VI zu Streumunition anstehen. Dieses Protokoll sieht ein umfassendes Verbot erst für die Streumunition vor, die vor 1980 produziert wurde. Neue Typen dieser Waffe wären damit erlaubt – für einen Zeitraum von zwölf Jahren sogar solche, die über keinen Sicherheitsmechanismus verfügen. Nach dieser Zeit lässt das Protokoll Streumunition mit nur einem Sicherheitsmechanismus zu, obwohl klar ist, dass solche Mechanismen oft nicht funktionieren. Darüberhinaus würden in dem Protokoll deutlich längere Übergangsfristen als bisher gültig festgelegt. Und die Frage der Anzahl der Submunition wird erst gar nicht geregelt.

Es würden also neue völkerrechtliche Standards etabliert, die Streumunition de facto relegitimieren würden. Das widerspräche offenkundig dem Ziel des CCW, Zivilpersonen zu schützen und besonders grausame Verletzungen zu verhindern.

Gemeinsamer Antrag mit den Grünen

Nun argumentieren Befürworter dieses Protokolls, dass sich dem CCW auf diese Weise mehr Staaten anschließen könnten, die große Streumunitionsbestände besitzen. Dabei kann die

Quantität der Teilnehmerstaaten doch nicht allein die Qualität einer Norm im Humanitären Völkerrecht bestimmen. Im Gegenteil: Hier würde eine von mehr Staaten durchgesetzte schlechtere Regelung eine von weniger Staaten getragene bessere Regelung verdrängen.

In dem gemeinsamen Antrag mit den Grünen „Gegen eine Aufweichung des Verbotes von Streumunition“ (Drs. 17/7637), eingebracht am 10. November, fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung darum auf, ihr Veto gegen den aktuellen Protokollentwurf VI des VN-Waffenübereinkommens zu Streumunition einzulegen. Sie soll sich außerdem entschieden jedem Abkommen zu Streumunition entgegen stellen, das einen Rückschritt gegenüber der CCM bedeutet. Die Regierung soll sich ganz generell für die Universalisierung des Verbotes von Streumunition durch eben eine Universalisierung der CCM einsetzen. Die Linke brachte am 10. November einen ähnlichen Antrag ein, dem sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird.

### **Verbot von Investitionen in Streumunition**

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte schon im Oktober 2011 in einem interfraktionellen Oppositionsantrag (Drucksache 17/7339 ) die Bundesregierung dazu aufgefordert, direkte oder indirekte Investitionen und jede Form der Finanzierung von Unternehmen, die solch zynische Minen oder Munition entwickeln oder produzieren, zu verbieten. Firmen, die in Munition und dergleichen investieren, dürfen unter keinen Umständen öffentliche Aufträge bekommen. Damit sollen dann auch staatliche Investitionen und Förderung wie zum Beispiel über Finanzprodukte im Rahmen der Riester-Rente verhindert werden. Als Miteigentümer öffentlich-rechtlicher oder privater Banken soll die Regierung Einfluss nehmen auf deren Geschäftspolitik, dass keine Investitionen in solche Tötungsgeräte getätigt werden. Darüber hinaus fordern die Sozialdemokraten, dass die Regierung sich für ein gleichlautendes Verbot auf europäischer und internationaler Ebene einsetzt.

Das Gegenargument, dass eine Kontrolle des gesamten Anlageuniversums nicht möglich sei, ist unhaltbar. Andernfalls wäre es Finanzdienstleistern nicht möglich, Investitionen in Streumunition vollständig auszuschließen, wie das einige große Fondsgesellschaften in Deutschland immerhin tun.

Deutschland sollte dem Beispiel Belgiens, Luxemburgs, Norwegens und Neuseelands folgen und Investitionen in die Herstellung und Entwicklung von Antipersonenminen und Streumunition generell gesetzlich untersagen. Ein Land, das jährlich erhebliche finanzielle Mittel für die Räumung von Antipersonenminen und Streubomben weltweit zur Verfügung stellt, kann Investitionen in die Produktion dieser Waffen nicht erlauben und darf sie schon gar nicht steuerlich fördern.

## **ENTWICKLUNG**

### **Menschenrechte in Subsahara-Afrika fördern**

In vielen Staaten in Subsahara-Afrika, also in all jenen Ländern Afrikas südlich der Sahara, leben heute über 100 Millionen Menschen in extremer Armut – mehr noch als vor 20 Jahren. Verschärft wird die Lebenssituation der Menschen dort durch die Tatsache, dass es gerade in diesen Ländern zu häufigen Menschenrechtsverletzungen kommt: Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sind erheblich eingeschränkt; Regierungskritiker werden willkürlich verhaftet und sind von Folter bedroht, die Haftbedingungen sind katastrophal. Besonders dramatisch ist die menschenrechtliche Situation in den Bürgerkriegsländern Sudan, Somalia und in der Demokratischen Republik Kongo. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag (Drs. 17/7370) die Bundesregierung daher auf, für eine kohärente deutschen Menschenrechtspolitik in der Region zu sorgen.

### **Afrika-Konzept der Bundesregierung mit deutlichen Schwächen**

Die Achtung der Menschenrechte und eine demokratische Staatsführung sind aus Sicht der SPD-Fraktion der Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung. Sowohl die SPD-Fraktion als auch die Bundesregierung haben dieses Jahr jeweils ihre Afrika-Konzepte vorgestellt. Darin spielen in beiden Ideen die Menschenrechte als Grundlage politischen Handelns und als Querschnittsaufgabe eine wesentliche Rolle. Jedoch fehlt es an einer kohärenten deutschen Menschenrechtspolitik der Bundesregierung für die Region, die bilaterale und multilaterale Maßnahmen zusammen führt.

Und wie schon so oft in der aktuellen Entwicklungspolitik des Ministers Dirk Niebel (FDP), legt auch das Afrika-Konzept der Bundesregierung einmal mehr einen Schwerpunkt auf deutsche Wirtschaftsinteressen.

### **Die Forderungen der SPD**

In dem Antrag fordert die SPD die Bundesregierung daher auf, eine einheitliche Menschenrechtspolitik zu entwickeln. In Subsahara-Afrika sollen von Deutschland, der EU und internationalen Organisationen vorrangig menschenrechtliche Ziele verfolgt werden. Die Bundesregierung soll sich für die Unterzeichnung und Einhaltung internationaler Abkommen und die Umsetzung von Länderstrategien einsetzen. Menschenrechtsverletzungen müssen wirksam von internationalen Organisationen verfolgt werden. Menschenrechtsverteidiger und zivilgesellschaftliche Akteure sollen geschützt und gefördert werden. Deutschland soll sowohl für die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs werben, als auch den Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte unterstützen. Auch die menschenrechtliche Verantwortung deutscher Unternehmen muss gefördert werden. Schließlich soll Deutschland sich weiter an der Bewältigung der Notsituation am Horn von Afrika beteiligen.

## **EUROPA**

### **Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene kommt**

Viele Menschen in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedstaaten haben den Eindruck, dass auf EU-Ebene anonyme Zirkel und Mächte über ihre Köpfe hinweg über ihre Zukunft und die ihrer Kinder entscheiden. Die aktuelle Finanzkrise bestärkt diese Sichtweise noch. Deshalb stellt die Einführung einer Europäischen Bürgerinitiative eine enorme Chance dar. Sie kann den Menschen die Möglichkeit geben, Europapolitik nicht ausgeliefert zu sein, sondern diese aktiv mitgestalten zu können. So können die Bürgerinnen und Bürger eine Abstimmung über die Einführung der Finanztransaktionssteuer herbeiführen, wenn die Regierungen Europas es nicht schaffen, die Steuer in Europa durchzusetzen.

Bürgerwille und Protest sind bereits jetzt ein wichtiges Korrektiv zu politischen Entscheidungen. Es ist dem stetigen Beharren vieler engagierter Menschen zu verdanken, dass die Bundesregierung in ihrer Energiepolitik nach Fukushima eine Kehrtwende vollzogen und die erst 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken zurückgenommen hat. Wer den Bürger in Europa aber lediglich auf die Straße als Artikulationsmöglichkeit verweist, wird ihn auf Dauer gegen die europäische Idee mobilisieren und nicht für sie gewinnen. Will die EU, dass sich ihre Bürger mit Europa identifizieren, so muss sie ihnen jenseits der sehr indirekten Strukturen von Rats-, Kommissions- und Parlamentsentscheidungen direktere demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnen.

Deshalb hat sich die SPD-Bundestagsfraktion von Anfang an für die Europäische Bürgerinitiative ausgesprochen und den Prozess begleitet. Dabei konnten deutliche Erfolge erzielt werden. So wurde die notwendige Unterstützeranzahl einer solchen Initiative von 160.000 Bürgerinnen und Bürgern auf 72.000 reduziert.

Die Mindestanzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Unterstützer kommen müssen, wurde von neun auf sieben gesenkt. Das ist erfreulich, denn Bürgerinnen und Bürger aus einem Viertel der Mitgliedstaaten können bereits sicherstellen, dass es um Fragen von europaweitem und nicht nur nationalem Interesse geht.

Bedauerlich ist, dass der Zeitraum für die Sammlung von Unterstützungsbekundungen nicht von zwölf Monaten auf achtzehn Monate erhöht wurde. Die SPD-Fraktion verwies von Beginn an darauf, dass es einen enorm hohen Aufwand bedeutet, Menschen aus so vielen EU-Mitgliedstaaten miteinander zu vernetzen und dass dies angemessen bei der Zeitraumbestimmung berücksichtigt werden sollte.

Trotz allem ist es jetzt dringend geboten, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in Europa zügig Realität werden zu lassen.

Die EU-Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative soll im April 2012 in Kraft treten. Bis dahin müssen die nationalen Regelungen angepasst werden. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt es, dass die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen, einen Gesetzentwurf zur Durchführung der EU-Verordnung vorzulegen, ausnahmsweise frühzeitig ergriffen hat. Er wurde in 1. Lesung am 10. November im Bundestag beraten.

Wenn die Regierungen Europas es zum Beispiel nicht schaffen, eine Finanztransaktionssteuer in Europa durchzusetzen, dann werden mit der Europäischen Bürgerinitiative künftig die Bürgerinnen und Bürger Europas dazu die Gelegenheit haben.

## FINANZEN

### **Debatte zur Finanzmarktregulierung – Steinbrück: „FDP hat Deregulierung zum Exzess gemacht“**

Lange haben sie nur laviert, nun endlich wollen die Fraktionen von CDU/CSU und der FDP die Finanzmärkte effektiver regulieren, wie es in ihrem Antrag heißt, der am 11. November zur Abstimmung stand. Doch letztlich steht darin nichts außer wohlklingenden Ankündigungen. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion ebenfalls am 11. November einen Antrag ins Parlament eingebracht.

„Neuer Anlauf zur Finanzmarktregulierung erforderlich“ (Drs. 17/7641) lautet der Titel. Darin kritisiert die Fraktion vor allem, dass nach den Forderungen des G20-Gipfels im November 2008, wonach kein Produkt, kein Akteur und kein Markt unreguliert bleiben darf, kaum etwas geschehen ist. Steuerzahler haften auch weiterhin für die hochriskanten Geschäfte von Banken und Spekulanten. Vorschläge des damaligen Bundesfinanzministers Peer Steinbrück wurden von der FDP stets abgelehnt, Steinbrück konnte viele Forderungen in der damaligen Großen Koalition mit der Union nicht durchsetzen.

Doch seitdem Schwarz-Gelb regiert, ist kaum noch etwas passiert. Die Bundesregierung, heißt es in dem Antrag, hat es als viertgrößte Macht der Welt versäumt, die Verabredungen voranzutreiben und die Initiative zu ergreifen. In der Debatte über den Antrag der Regierungsfractionen und über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses über diesen Antrag sagte Peer Steinbrück, dass es die rot-grüne Bundesregierung war, die auf dem G20-Treffen 2004 in Gleneagles auf mehr Regulierung gedrungen habe und dafür von der Weltmehrheit belächelt worden sei. „Ja, auch wir haben uns damals von den Märkten erpressen lassen und uns zu früh gebeugt, es hat aber einen Lerneffekt gegeben“, konzedierte Steinbrück. Doch im Gegensatz zur Koalition habe seine Partei immer für Finanz-Regulierung gestanden. „Wir dürfen uns nicht von Märkten oder Ratingagenturen erpressen lassen“. Die FDP sei es dagegen stets gewesen, die jede Form von Regulierung verweigert habe. „Alles, was ich an

Maßnahmen getroffen habe, haben Sie abgelehnt. Sie haben die Monstranz der Deregulierung zum Exzess gemacht“, sagte Steinbrück. „Ihnen war alles immer zuviel Regulierung!“ Dass sich nun ausgerechnet die Liberalen hinstellten und über Regeln schwadronierten, sei eine „politische Unverschämtheit“.

### **Transparente Handelsplattformen gefordert**

Die Gestaltungsmacht zurückzugewinnen, sei für die Politik weltweit die wichtigste Aufgabe. Denn jede Maßnahme schaffe Gegenbewegungen. Und so sei es zu der Bewegung Occupy gekommen. Und die Unruhe unter den Menschen wachse. „In dieser Krise geht es um mehr als um Geld, es geht um Vertrauen in die Demokratie“, sagte Steinbrück.

Es müsse Schluss sein für die Banken mit dem Rohstoffhandel, Geschäfts- und Investmentbanken müssten getrennt werden, und der Handel mit Derivaten und Rohstoffen dürfe nur noch auf transparenten Handelsplattformen stattfinden.

So steht es auch in dem Antrag der SPD-Fraktion. Weiter heißt es dort, dass etwa die Eigenkapitalquote von Finanzinstituten gesteigert werden muss in Kombination mit einer Verschuldungsbegrenzung.

- Es muss außerdem ein wirksamer, europäischer Rekapitalisierungsmechanismus per Gesetz auf den Weg gebracht werden.
- Es bedarf eines Ausschüttungsverbot von Dividenden auf zukünftige Gewinne zugunsten einer Verbesserung der Eigenkapitalbasis.
- Der Schattenbanksektor (Fonds) muss umfassend reguliert, ein Transparenzregime eingerichtet werden.
- Eine europäische Bankenaufsicht muss installiert werden.
- Eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.

Zu dieser Umsatzsteuer auf Finanzprodukte sagte Steinbrück, dass sie auch dann eingeführt werden müsse, wenn England sich in Europa verweigere. „Dann“, so Steinbrück, „muss das eben im Nahbereich der Eurozone geschehen“.

Der Finanzpolitiker Carsten Sieling erinnerte in seinem Redebeitrag daran, dass es in Deutschland nur deshalb so wenige Hedge Fonds (rund zehn) gebe, weil sie unter Hans Eichel und Peer Steinbrück streng reguliert wurden. Mehr war unter den damaligen politischen Verhältnissen nicht möglich. Sieling stellte zudem klar, dass es Peer Steinbrück als Finanzminister war, der im September 2008 zum Beispiel die Leerverkäufe verbot. Das Verbot lief bis Ende Januar 2010. Dann hob Schwarz-Gelb es auf. Und erst unter dem Eindruck der Griechenland-Pleite goss die Koalition das Verbot später in ein Gesetz.

Und wenn es nun der Koalition darum gehe, Finanzmärkte zu regulieren, dann, so Sieling, sei es nicht verständlich, warum Schwarz-Gelb zuvor lauter Finanzmenschen wie Josef Ackermann zu Gesprächen eingeladen habe. Sieling: „Sie haben die Frösche eingeladen, mit Ihnen zu beraten, wie man den Sumpf trocken legt“.

Die SPD hat den Koalitionsantrag am 11. November abgelehnt, die Koalitionsmehrheit wiederum hat den Antrag der SPD abgelehnt. Die Grünen haben ihm dagegen zugestimmt.

## GESUNDHEIT

### Glücksspielsucht bekämpfen

Die SPD-Bundestagsfraktion will das staatliche Glücksspielmonopol erhalten und die Suchtprävention deutlich ausbauen. Mit ihrem Antrag (Drs. 17/6338) fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, endlich in ihrem Kompetenzbereich – das sind vor allem die Geldspielautomaten – Spieler aktiv zu schützen. Sie soll zudem auf die Länder einwirken und keine Erweiterung des Glücksspielmarktes zulassen. Gemeinsam mit den Ländern soll ein abgestimmtes System zur Suchtprävention in allen Glücksspielbereichen geschaffen werden. Das hat Europäische Gerichtshof als Grundlage für den Erhalt des Glücksspielmonopols gefordert.

#### Glücksspielsucht hat verheerende Folgen

Glücksspiel im Suchtstadium ist gekennzeichnet durch Kontrollverlust, exzessives Spielen und Geldbeschaffung, Persönlichkeitsveränderung, Straftaten, Schuldgefühle und sozialen Abstieg – oft auch für die Familie der Betroffenen.

Laut dem Endbericht zum Projekt „Pathologisches Glücksspielen und Epidemiologie“ (PAGE) gibt es in Deutschland hochgerechnet rund 500.000 pathologische Glücksspieler und rund 800.000 problematische Spieler.

#### Maßnahmen zur Suchtprävention im Bereich der Geldspielautomaten

Die SPD-Bundestagsfraktion will das Spiel an Geldspielautomaten entschärfen und entschleunigen. Die möglichen Maximalgewinne und -verluste pro Automat und Stunde sollen deutlich sinken. Suchtfördernde Funktionen wie das Punktespiel und Autostarttasten sollen verboten werden. Die verpflichtende Information über reale Gewinnchancen soll Transparenz schaffen.

Geldspielautomaten sollen wieder stärker Unterhaltungsgeräte werden. Den Kommunen soll durch eine Änderung der Baunutzungsverordnung eine wirksame städteplanerische Einflussnahme auf die Standorte von Spielhallen ermöglicht werden. Die Prävention von Glücksspielsucht will die SPD durch ein mehrstufiges Frühwarnsystem stärken. Dieses soll die Betreiber mit in die Verantwortung nehmen und abgestufte Spielerschutzmaßnahmen von der Spielerinformation bis zur Spielersperre beinhalten. Das bestehende Sperrsystem der Länder mit den Möglichkeiten der Selbst- und Fremdsperre für Süchtige soll um den Bereich der Geldspielautomaten erweitert werden. Grundlage für das Frühwarnsystem soll ein verpflichtendes Identifikationssystem für Geldspielautomaten sein, das auch die Einhaltung des Jugendschutzes verbessert. Ein neuer, bei der Drogenbeauftragten der Bundesregierung angesiedelter Beirat soll dieses Identifikationssystem entwickeln und dabei das Modell der laufend nummerierten Spielerkarte prüfen.

#### Freiwillige Selbstverpflichtungen und Chipkarte lehnt SPD ab

Scheinlösungen wie freiwillige Selbstverpflichtungen oder eine Chipkarte lehnt die SPD ab. Eine Chipkarte würde mit der suchtverschärfenden Geldkartenfunktion und der Möglichkeit des „Player-Trackings“, also dem Ausspionieren der Spieler als Grundlage für suchtverschärfende Spielmanipulationen die Probleme sogar noch vergrößern.

## INNERES

## SPD-Fraktion fordert die doppelte Staatsangehörigkeit – Optionsmodell abschaffen

Am 30. Oktober 2011 jährte sich die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens zum fünfzigsten Mal. Das nimmt die SPD-Fraktion zum Anlass, ein Signal an alle in Deutschland lebenden Migranten zu senden: Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft soll ermöglicht und Einbürgerungen sollen erleichtert werden. Viele der damals als Arbeitskräfte angeworbenen Migranten sind hier geblieben, sind Teil der deutschen Gesellschaft geworden und haben die deutsche Kultur, die Politik und den Alltag in diesem Land mitgeprägt. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands ist auch deren Erfolg. Dem wollen die Sozialdemokraten Rechnung tragen.

Seit mehr als zehn Jahren besteht in Deutschland ein so genanntes Optionsmodell: Wird ein Kind hier geboren und hält sich eines seiner Elternteile als Inhaber eines unbefristeten Aufenthaltsrechtes seit acht Jahren in Deutschland auf, erwirbt das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit neben derjenigen der Eltern. Doch mit 18 Jahren muss es sich zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen Zugehörigkeit entscheiden. Hat das Kind sich bis zum 23. Lebensjahr nicht entschieden, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Diese Regelung, die von Rot-Grün 1999 als Kompromiss im Vermittlungsausschuss zwischen den Lagern eingeführt worden war und etliche Ausnahmen besitzt, wirft gravierende integrationspolitische und verwaltungspraktische Probleme auf. Außerdem wirkt sie integrationshemmend. Viele Jugendliche werden in Wahrheit aus der deutschen Staatsbürgerschaft herausgedrängt. Und das, obwohl die meisten der betroffenen Personen, unabhängig davon, welche Staatsbürgerschaft sie wählen, in Deutschland verwurzelt sind.

### Loyalitätskonflikte

Vor allem: Was ist mit denen, die sich nicht entscheiden können, die einen Identitätskonflikt mit sich tragen, die nicht wissen, wohin sie gehören, sich verloren fühlen. Dieser Tatsache kann sich eine moderne Gesellschaft nach Ansicht der SPD rechtlich nicht verweigern. Die Lösung: Das Optionsmodell wird zugunsten eines konsequenten Bekenntnisses zur doppelten oder mehrfachen Staatsbürgerschaft hier geborener Kinder ausländischer Eltern abgeschafft. So steht es in einem „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts (Drs. 17/773), den die SPD-Fraktion bereits im Februar 2010 in den Bundestag eingebracht hatte und der am 10. November in 2. und 3. Lesung im Plenum beraten wurde. Die Integrationsbeauftragte der SPD-Fraktion, Aydan Özoguz, sagte in der Debatte: „Wir haben im Jahre 1999 das Staatsangehörigkeitsrecht von 1913 reformiert.“ Und nun müsse zur Kenntnis genommen werden, dass das Optionsmodell „unzeitgemäß und lebensfern“ sei. Es sei an der Zeit, dass sich auch die schwarz-gelbe Koalition zu einer solidarischen Gesellschaft bekenne. Absurd sei es, Kinder der zweiten und dritten Generation, die hier geboren werden, als Ausländer zu bezeichnen. In Richtung Regierung fragte Özoguz: „Wo sehen Sie eigentlich das Ende der Integration?“

Wichtig sei es, auch bei Einbürgerungen die alte Staatsangehörigkeit behalten zu dürfen. „Wir wollen die doppelte Staatsbürgerschaft auch bei der Einbürgerung ermöglichen“, sagte Özoguz. So steht es auch in einem aktuellen Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 17/7654), in dem die Regierung zudem aufgefordert wird, die Einbürgerungsvoraussetzungen zu erleichtern. Das soll vor allem für eine Absenkung der Voraufenthaltszeiten gelten, für Verbesserungen für Personen, die besondere Integrationsleistungen erbracht haben, für Lebenspartner Eingebürgerter und für die Anrechnung von Duldungszeiten.

Es geht, betonte Aydan Özoguz in ihrer Rede, nicht darum, das Abstammungsrecht abzuschaffen, Es geht darum, vor allem junge Menschen mit allen Rechten und Pflichten in die

Gesellschaft aufzunehmen, ein Gefühl von Willkommenheit und Heimat zu vermitteln. Außerdem, so Özoguz, sei das Optionsmodell ein bürokratischer „Wahnsinn“, und werde deutschen Interessen nicht wirklich gerecht.

### **Unser Erfolg ist der Erfolg der Gastarbeiter**

Frank-Walter Steinmeier sagte in seinem Debattenbeitrag, dass man durchaus über die doppelte Staatsangehörigkeit streiten könne, es aber auch mit der Regierung Gemeinsamkeiten gebe: Die habe bei der 50-Jahr-Feier des Anwerbeabkommens noch geschmeichelt, Gastarbeiter seien willkommen gewesen. Das sei es aber auch gewesen. Steinmeier: „Diese Menschen haben hier malocht, unter Tage, im Dreck und an den Hochöfen. Sie sind Teil des deutschen Wirtschaftswunders. Unser Erfolg ist deren Erfolg.“ Ins Plenum fragte er, was Arbeitsmigration in einer Gesellschaft verändere? Es sei zu lange gedacht worden, das seien Gäste, ein provisorisches Recht reiche aus. Heute würden alle sagen, in der Integration sei Deutschland noch nicht weit genug – darum sei es Zeit, das nun nachgeholt werde, „was wir den Zuwanderern schuldig geblieben sind. Wir sind es auch uns selbst schuldig geblieben“.

Wenn eine Gesellschaft feststelle, das ein bestehendes Angebot, hier also das Optionsmodell, nicht genügend angenommen werde, weil sich viele eben als In- und Ausländer zugleich fühlten, dann müsse die Politik sich neu positionieren.

### **Koalition lehnt Entwurf ab**

Auf die SPD-Vorlage entfielen in namentlicher Abstimmung am 10. November 278 von 587 abgegebenen Stimmen, 308 Abgeordnete vortierten dagegen, einer enthielt sich. Damit fand der SPD-Gesetzentwurf – wie auch die beiden anderen Oppositionsinitiativen von Linken und Grünen – keine Mehrheit.

## **KOALITIONSBESCHLÜSSE**

# **Warum die SPD-Fraktion die Vorhaben von Schwarz-Gelb ablehnt**

Die Koalitionsbeschlüsse offenbaren, dass sich die Regierungsfaktionen ungebrochen im schwarz-gelben Elend befinden und das Chaos in den eigenen Reihen nicht stoppen können. Die Steuerbeschlüsse sind schlichtweg Betrug, das Betreuungsgeld richtet immensen Schaden an, und das fehlende Bekenntnis zum gesetzlichen Mindestlohn zeigt, wie zerstritten die Koalition tatsächlich ist. Das sind die Argumente der SPD-Fraktion, weshalb sie die Beschlüsse ablehnt:

### **1. Steuerpolitik: Steuersenkungen auf Pump zugunsten höherer Einkommen**

Die schwarz-gelbe Koalition hat beschlossen, die Einkommensteuer in zwei Schritten zu senken: In dieser Legislaturperiode zum 1. Januar 2013 um 2 Mrd. Euro. Für die Zeit nach den nächsten Bundestagswahlen sollen zum 1. Januar 2014 dann weitere 4 Mrd. Euro folgen.

Die bisherigen Informationen sind lückenhaft. Es wurde aber bekannt, dass die Einkommensteuersenkung durch Anhebungen des Grundfreibetrages und Tarifverschiebungen, bei denen die bisherigen Steuersätze erst für ein höheres Einkommen gelten, erfolgen soll. 2013 soll der Grundfreibetrag um 110 Euro angehoben und eine Tarifverschiebung um 1,4 Prozent vorgenommen werden. 2014 soll der Grundfreibetrag dann um weitere 240 Euro und der Tarif um 3 Prozent verschoben werden. Außerdem sollen auch künftig bei verfassungsrechtlich gebotenen Anpassungen des Grundfreibetrages an das steuerlich zu verschonende Existenzminimum Tarifverschiebungen vorgenommen werden. Um eine

Ländermehrheit im Bundesrat für die Steuersenkungen zu gewinnen, soll der Bund zwei Drittel der Ausfälle finanzieren und damit im Vergleich zu der ansonsten geltenden Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden größere Mindereinnahmen tragen.

Täuschung und Verschleierung der eigentlichen Absichten

Schwarz-Gelb will mit der verkürzten Begründung für die Steuersenkungen von der eigentlichen Absicht ablenken, die Koalition zu befrieden. Nach Aussagen der Koalition sollen durch die Einkommensteuersenkung inflationsbedingte Steuermehreinnahmen an die Bürgerinnen und Bürger „zurückgegeben“ werden. Bei der Inflation handelt es sich um einen Kaufkraftverlust, der allein zu keiner höheren Besteuerung führt. Es ist erst das Zusammenspiel von Lohnerhöhungen, Inflation und progressivem Steuertarif, das zu einer höheren Belastung der Steuerpflichtigen führen kann. Wenn es Schwarz-Gelb ernst wäre mit der Entlastungsabsicht, dann müssten vor allem Bezieher geringer Einkommen begünstigt werden, die von Kaufkraftverlusten besonders hart betroffen sind. Von der schwarz-gelben Steuersenkung werden aber vor allem Bezieher hoher Einkommen profitieren.

Grundfreibetrag muss ohnehin angepasst werden

Ein Teil der verkündeten „Entlastung“ ist verfassungsrechtlich geboten. Hier hat die Koalition eine Selbstverständlichkeit zum Erfolg aufgeblasen. Die Anpassung des Grundfreibetrages an das steuerlich zu verschonende Existenzminimum wäre spätestens im Jahr 2014 ohnehin erforderlich.

### **Falsche Erwartungen**

Mit der Ankündigung einer Einkommensteuersenkung weckt Schwarz-Gelb bei den Bürgerinnen und Bürgern falsche Erwartungen. Trotz des Volumens von 2 Mrd. Euro 2013 wird beim Einzelnen nur wenig ankommen. Erste Annahmen und Berechnungen des Bundes der Steuerzahler gehen davon aus, dass ein Geringverdiener mit einem zu versteuernden Einkommen von 9000 Euro im Jahr insgesamt 17 Euro, also 1,41 Euro monatlich spart. Bei einem Durchschnittseinkommen von 30.000 Euro sind es 4,40 Euro, bei einem Einkommen von 54.000 Euro sind es 9,66 Euro. Schwarz-Geld verteilt das Geld mit der Gießkanne auf alle Einkommensgruppen, wobei die Spitzenverdiener noch die dicksten Tropfen abbekommen.

### **Begünstigung von Beziehern höherer Einkommen**

Die geplanten Steuersenkungen begünstigen die Bezieher höherer Einkommen. Bei einem Alleinstehenden (Lohnsteuerklasse I) mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 15.000 Euro beträgt die Entlastung nach der zweiten Stufe 2014 im Jahr 101 Euro. Demgegenüber erhält ein Steuerpflichtiger (ebenfalls Lohnsteuerklasse I) mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 56.000 Euro laut Experten eine mehr als dreimal so hohe Entlastung von 364 Euro jährlich. Die geplanten Steuersenkungen führen bei Geringverdienern zu keiner nennenswerten Entlastung. Das ist auch eine Folge der rot-grünen Steuerreform mit ihren mehrfachen und noch heute wirksamen Tarifsenkungen, von denen Bezieher kleinerer Einkommen profitiert haben. Bei Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen spielt heute die Belastung mit Sozialbeiträgen eine wesentlich größere Rolle als die Steuern. Eine Absenkung der Sozialbeiträge brächte Gering- und Mittelverdienern somit eine größere Entlastung als eine Tarifsenkung bei der Einkommensteuer.

Finanzierung auf Pump

Die Steuermindereinnahmen werden die bereits vorgesehene Neuverschuldung weiter erhöhen und widersprechen damit den Bekenntnissen von Schwarz-Gelb zur Haushaltskonsolidierung. Auch die Steuerschätzung rechtfertigt keine Steuersenkungen. Die prognostizierten Steuerzuwächse sind größtenteils auf die bislang gute Konjunktur zurück zu führen. Gemäß den Vorgaben der Schuldenbremse müssen sie zur Reduzierung des konjunkturell bedingten Teils des Haushaltsdefizits verwandt werden und eröffnen deshalb keine Spielräume für dauerhafte Steuersenkungen. Der drohende Wachstumseinbruch birgt überdies erhebliche Ungewissheiten. Bei einer Abkühlung der Wirtschaftsentwicklung kehrt sich die Steuerprognose

schnell um, und es muss mit geringeren Steuereinnahmen gerechnet werden. Die Steuersenkungen von Schwarz-Gelb sind deshalb ein echtes Risiko für die öffentlichen Haushalte.

Die Steuerausfälle mindern die Spielräume von Bund und Ländern, Zukunftsinvestitionen zu leisten. Damit wird die Basis für Wachstum und Wohlstand in den kommenden Jahren geschwächt.

## **2. „Betreuungsgeld“: Ein irrsinniger Fehlanreiz**

Die Koalition hat beschlossen: Ab dem Jahr 2013 soll ein so genanntes „Betreuungsgeld“ im zweiten Lebensjahr eines Kindes in Höhe von 100 Euro gezahlt werden. Für die nächste Legislaturperiode werden ab 2014 150 Euro im zweiten und dritten Lebensjahr des Kindes versprochen. Die Kosten dafür werden 2 Mrd. Euro für den Bundeshaushalt betragen. Kinder werden von Bildung ausgeschlossen

Zum Betreuungsgeld ist seit Jahren alles gesagt: Als Fernhalte-Prämie ist es ein bildungspolitischer Rückschlag, weil es einen Anreiz für Eltern setzt, Kinder von früher Förderung in Kitas abzuhalten. Das Betreuungsgeld ist ein integrationspolitischer Kardinalfehler, weil es Kinder aus Einwandererfamilien von früher Sprachförderung und Eingliederung fernhält. Das Betreuungsgeld ist ein gleichstellungspolitischer Holzweg, weil es gegen eine frühe Rückkehr von Frauen in den Beruf gerichtet ist. Das Betreuungsgeld verschwendet Milliarden von Steuergeldern, die für den vor sich hin dümpelnden Kitaausbau fehlen. Für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ab dem Jahr 2013 fehlen noch 233.000 Plätze. Mit den 2 Mrd. Euro, die der Bund für das „Betreuungsgeld“ ausgeben muss, könnten mehr als 55.000 zusätzliche Kitaplätze gebaut werden.

Prämie für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Infrastruktur

Das Betreuungsgeld ist verfassungsrechtlich höchst fragwürdig, weil es dem Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes zuwider läuft und den Tabubruch vollzieht, für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Infrastruktur eine Kompensation zu zahlen. Auch deshalb ist es politischer Irrsinn. Es dient lediglich der Befriedung der konservativen bayerischen Wählerklientel. Es ist unvereinbar mit einer dringend erforderlichen zukunftsgerichteten Politik für bessere Bildungschancen, für bessere Integration, für die Gleichberechtigung von Frauen im Erwerbsleben und bei sozialer Sicherung, für mehr Fachkräfte.

## **3. Pflege: Reform abgesagt, Finanzierung nicht tragfähig**

Die Ankündigungen einer Pflegereform aus dem Koalitionsvertrag sind mit dem Beschluss der Koalition ad acta gelegt worden. Eine wirkliche Pflegereform wird es mit Schwarz-Gelb nicht geben. Schwarz-Gelb kapituliert vor den demographischen Herausforderungen und setzt die Klientelpolitik zu Gunsten der privaten Versicherungswirtschaft fort.

Leistungen für Demenzerkrankte offen

Nach Beschluss der Koalition steht bei den Leistungen für Demenzerkrankte nur der Finanzrahmen von 1,1 Mrd. Euro fest. Die Koalitionsfraktionen treffen sich wahrscheinlich in dieser Woche, um ein Eckpunktepapier zu entwickeln. Ein Referentenentwurf soll bis Dezember erarbeitet sein. Die erhöhten Leistungen könnte es ab Mitte 2012 geben. Wie die Leistungsverbesserungen genau aussehen, ist noch nicht klar. Spekuliert wird, dass man die Leistungen für niedrigschwellige Betreuungsangebote erhöht oder aber auch den jetzigen Leistungskatalog flexibler ausgestaltet. Dann könnten Pflegedienste nicht nur die klassischen Pflegeleistungen (z. B. Morgen-, Abendtoilette) anbieten, sondern auch Betreuung (z. B. spazieren gehen, vorlesen).

### **Keine nachhaltige Finanzierung**

Die geplante Beitragssatzsteigerung von 0,1 Beitragssatzpunkten zum 1. Januar 2013 dient ausschließlich der Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben. Eine nachhaltige Finanzierung ist nicht erkennbar. Denn der bisherige Beitragssatz wird voraussichtlich nur bis zum Jahr 2014 ausreichen, um die Leistungen – auch die in der Großen Koalition beschlossene Dynamisierung der gegenwärtigen Leistungen – zu finanzieren. Eine weitere Beitragssatzanhebung ist also unausweichlich.

Währenddessen hat sich die Koalition vom Ziel verabschiedet, einen Kapitalstock für die Pflege aufzubauen. Das ist zu begrüßen. Zur Gesichtswahrung der FDP ist aber eine staatliche Förderung für eine freiwillige private Vorsorge vereinbart worden, deren Kosten nicht näher beziffert sind. Wahrscheinlich liegen sie im Milliardenbereich, ohne dass diejenigen, die auf zusätzliche Absicherung angewiesen sind, davon profitieren werden. Die einzigen Profiteure sind die privaten Versicherungsunternehmen.

Kein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff

In dieser Wahlperiode wird es voraussichtlich keine weitere Pflegereform geben. Die Koalition spielt zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen auf Zeit. Die Einführung eines neuen Pflegebegriffs ist mit der erneuten Beauftragung des Pflegebeirates vertragt worden. Damit wird die politische Verantwortung für die Untätigkeit der Regierung auf den Pflegebeirat verschoben.

### **4. Verkehrsinvestitionen: Ramsauers Tropfen auf den heißen Stein**

Die Koalition hat als politische Vorgabe einmalig 1 Mrd. Euro zusätzlich für den Verkehrsetat beschlossen.

Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) hat aber selbst von jährlich bis zu 4 Mrd. Euro zusätzlichem Investitionsbedarf für die Verkehrsinfrastruktur gesprochen. Besonders in die Sanierung von Brücken, in den Lärmschutz und in die Engpassbeseitigung muss investiert werden. Das geht jedoch nicht mit einmaligen Mitteln, sondern nur mit verstetigten. Unklar ist, ob die Mittel nicht sogar bis Ende 2012 verbaut und abgerechnet sein müssen, möglicherweise könnte die Fertigstellung, wie beim Konjunkturprogramm noch bis ins Folgejahr, also 2013, gezogen werden. Realistisch können also nur Projekte angefangen werden, für die bereits Baurecht besteht. Die meisten planfestgestellten Projekte haben Bayern und Baden-Württemberg in der Schublade. Gleichzeitig geistert noch immer die Diskussion um die PKW-Maut herum. Angeblich soll im Februar 2012 über verschiedene Modelle diskutiert werden. Ramsauers Parlamentarischer Staatssekretär Jan Mücke (FDP) hat im Oktober in der Aktuellen Stunde erklärt, eine PKW-Maut würde es in dieser Legislaturperiode nicht geben. Die CSU lässt aber nicht locker. 3 Mrd. Euro sollen die Autofahrer zahlen, weil das Geld für Infrastruktur fehlt.

## **SPORT**

### **Sport braucht konsequente Unterstützung – Kampf gegen Rechtsextremismus**

Sport kann Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenführen und Werte wie Toleranz und gegenseitigen Respekt vermitteln. Er ist jedoch auch das Spiegelbild einer Gesellschaft, in deren Mitte rassistische, antisemitische oder homophobe Vorurteile erschreckend weit verbreitet sind.

Seit fast dreißig Jahren wird beobachtet, dass Rechtsextremisten gezielt versuchen, das Stadion als Propagandabühne zu missbrauchen und über Sportvereine Nachwuchs für ihre

Szene zu ködern. Diesen Tendenzen müssen die Politik und der organisierte Sport gemeinsam und entschlossen entgegenwirken. Es gilt, Sportlerinnen und Sportler, Fans und Funktionäre gleichermaßen für das Thema zu sensibilisieren, Aufklärungsarbeit zu leisten und bestehende Probleme öffentlich zu machen.

In der vergangenen Wahlperiode hat die SPD-Fraktion das Thema erfolgreich auf die Tagesordnung des Sportausschusses gebracht. Insofern ist es zu begrüßen, dass im Frühjahr auch die Bundesregierung das Thema für sich entdeckt hat. Allerdings steht zu befürchten, dass es Schwarz-Gelb bei wohlklingenden Absichtsbekundungen belässt, statt mit der konkreten Unterstützung der Vereine ernst zu machen. Auch wenn rechtsextreme Parolen aus den Stadien der oberen Ligen weitgehend verschwunden sind, bleibt die menschenverachtende Ideologie in den Köpfen gefährlich. Gerade kleinere Vereine tun sich schwer, die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für zusätzliche Präventionsarbeit aufzubringen.

Im Fußballumfeld hat sich Fanarbeit als Ansatz im Kampf gegen rechtsextremes Denken auf dem Platz und auf den Rängen bewährt. Die Koordinierungsstelle Fanprojekte hat hier in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Es wäre eine unglaubliche Dreistigkeit, wenn die Bundesregierung nun mit dem Gedanken spielt, dieser Fanarbeit die Mittel zu entziehen, während sie sich öffentlichkeitswirksam als Partner des Sports zu inszenieren sucht.

Mit dem Antrag „Rechtsextremistische Einstellungen im Sport konsequent bekämpfen – Toleranz und Demokratie nachhaltig fördern“ (Drs. 17/5045) nimmt die SPD die Bundesregierung in die Pflicht, das Problemfeld Sport und Rechtsextremismus umfassend aufzuarbeiten, bestehende Präventionskonzepte schnell und konsequent umzusetzen und dem Sport auf allen Ebenen die notwendige Unterstützung im Kampf gegen menschenfeindliche Ideologien zu sichern.

## UMWELT

### **Klimadiplomatie stärken**

Gut zwei Wochen vor Beginn der UN-Klimakonferenz in Durban, Südafrika, debattierte der Bundestag am 11. November 2011 die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion „Klimadiplomatie der Bundesrepublik Deutschland“ (Drs. 17/4705).

Nach der enttäuschenden Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen 2009 haben sich Bündnisse und Allianzen gebildet, die nun die Klimaverhandlungen maßgeblich mitbestimmen (BASIC-Staaten, also Brasilien, China, Südafrika und Indien). Nun bedarf es Maßnahmen, die diese Staaten bei ihrer Entwicklung hin zu einem CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaftssystem begleiten. Nach der Vereinbarung von Cancún 2010 müssen die Verhandlungserfolge und die Dynamik genutzt werden, um dieses Jahr in Südafrika ein weltweites Abkommen zur Bekämpfung des Klimawandels zu verabschieden. Damit soll rechtsverbindlich für die Zeit nach 2012 vereinbart werden, dass der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau begrenzt wird.

Die Weltgemeinschaft braucht in naher Zukunft ein Abkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen. Statt die Ansprüche für ein solches Abkommen abzuschwächen, müssen die Anstrengungen für den Abschluss eines Abkommens erhöht werden. Eine „Koalition der Gleichgesinnten“ muss zukünftig der Motor für den Verhandlungsprozess sein.

### **Deutschland soll aktive Klimadiplomatie betreiben**

Deutschland als einstiger Vorreiter muss nun wieder klimapolitisches Profil gewinnen. Es hat sich gezeigt, dass der internationale Klimaschutzprozess zukünftig weit stärker mit

außenpolitischen Instrumenten vorangetrieben werden muss. Es bedarf mehr Vertrauen, neuer Allianzen und mehr Staaten, die sich in einer breiten Koalition für einen konsequenten internationalen Klimaschutz einsetzen. Eine aktive Klimadiplomatie ist langfristig angelegte Krisen- und Konfliktprävention, Außenhandels- sowie Entwicklungspolitik. Sie muss im Sinne der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen der Armutsbekämpfung dienen. Klimadiplomatie kann darüber hinaus ein zielführendes Instrument hin zu einer funktionierenden weltweiten Staatengemeinschaft sein. Sie bietet die Möglichkeit, neue Mechanismen internationaler Zusammenarbeit, wie etwa Bottom-Up-Initiativen zu erproben und zu etablieren.

Die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion soll Einschätzungen der Bundesregierung über den Erfolg einer Klimadiplomatie, die Bemühungen und Planungen der Bundesregierung sich in die Verhandlungen einzubringen und den jetzigen Stand der bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit den BASIC-Staaten, USA, Russland, Afrika, Lateinamerika und Asien beleuchten.

Die Große Anfrage und die Antwort der Regierung gibt es unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## VERKEHR

### Neuausrichtung der integrierten Verkehrspolitik in Deutschland und EU nutzen

Die EU-Kommission hat ihre Strategie „Verkehr 2050“ mit dem Weißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ am 28. März 2011 vorgelegt. Das europäische Weißbuch für Verkehr bildet die Grundlage der zukünftigen europäischen Verkehrspolitik. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag (Drs.17/7177) vorgelegt, der am 10. November 2011 abschließend im Bundestag beraten wurde.

Die Potenziale des europäischen Verkehrsraumes und der große Handlungsbedarf werden durch die EU-Kommission klar aufgezeigt. Die Sozialdemokraten begrüßen, dass die Europäische Kommission mit der überarbeiteten Vorlage des Weißbuches für Verkehr einen grundlegenden Strukturwandel anstrebt.

#### **Aus dem Weißbuch müssen konkrete Maßnahmen abgeleitet werden**

Die Menschen seien in Europa regional und auch über Landesgrenzen hinweg beruflich und privat viel unterwegs, sagte der Bahnbeauftragte der SPD-Fraktion, Martin Burkert, in der Debatte. Gute Mobilität betreffe alle, vor allem auch die Wirtschaft. Verkehr ende nicht an Grenzen. Deshalb sei es wichtig, dass das EU-Weißbuch den Verkehr in Europa insgesamt betrachte. Die bis 2050 gesteckten Ziele für mehr Umwelt- und Klimaschutz seien dringend notwendig. Der Verkehr müsse seinen Beitrag in der Energieeffizienz leisten. Doch man brauche kein Weißbuch, was nur „täumt“, deshalb sei ein „Schwarz-auf-Weiß-Buch“ notwendig, das die Maßnahmen konkret festlege, forderte Burkert.

In ihrem Antrag stellen die Sozialdemokraten fest, dass es auch das Ziel einer europäischen Verkehrspolitik sein muss, die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und die damit verbundene Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verkehrswirtschaft voranzutreiben.

#### **Mehr Verkehr auf die Schienen und Wasserstraßen**

Als entscheidende Schritte zu klimafreundlichem Personen- und Gütertransport setzt die EU-Kommission auf die Entwicklung einer verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätsplanung mit

einem hocheffizienten und benutzerfreundlichen Verkehrsnetz, den CO<sub>2</sub>-freien innerstädtischen Verkehr von Ballungszentren bis 2050 (bis 2030 bereits fünfzig Prozent weniger konventionelle Fahrzeuge), die Verlagerung der Personen- und Güterverkehre über eine Strecke von dreihundert Kilometern auf die umweltfreundlicheren Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße sowie einen vierzigprozentigen Anteil CO<sub>2</sub>-emissionsarmer Kraftstoffe für den Flugverkehr bis 2050. Doch anstatt wie im EU-Weißbuch gefordert mehr Verkehr auf Schiene und Wasserstraßen zu bringen, „setzt die Bundesregierung ausschließlich auf Asphalt,“ sagte Martin Burkert.

#### **Viele Finanzierungsfragen offen**

Kritisch zu hinterfragen ist aus Sicht der Sozialdemokraten, wie die Finanzierung der einzelnen im EU-Weißbuch benannten Maßnahmen, aber auch des gesamten Strukturwandels im europäischen Verkehrssektor gelöst wird. Die Verkehrsinfrastrukturfinanzierung obliegt den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU und wird in unterschiedlichster Form und Struktur realisiert. Der Mittelbedarf bei der Umsetzung der Ziele des EU-Weißbuches für Verkehr wird auf bis zu 90 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 bzw. auf etwa 550 Milliarden Euro bis 2020 für den Ausbau des Kernnetzes geschätzt. Wie der dargestellte Investitionsbedarf von bis zu 1500 Milliarden Euro in der Europäischen Union finanziell unterlegt werden soll, bleibt im Entwurf des EU-Weißbuchs Verkehr weitestgehend offen.

#### **Ramsauer soll endlich Konzept auf den Tisch legen**

In Deutschland sei der Verkehrssektor schon heute im Vergleich zu anderen Staaten in Europa unterfinanziert, sagte der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher, Michael Groß. Ramsauer solle endlich ein Konzept auf den Tisch legen, das klare Prioritäten setzt. Denn heute zeige sich, dass angesichts knapper Kassen einige Vorhaben „konzeptlos“ gestrichen und andere auf Grund politischen Einflusses umgesetzt würden.

#### **Mobilität soll sicher und bezahlbar bleiben**

Wichtig für die Zukunft unserer Mobilität in der Europäischen Union sei auch, dass sie nicht nur klimafreundlich, effizient und wirtschaftsfördernd, sondern sozial ausgestaltet wird. Bei einer grundlegenden Strukturveränderung und einem Umdenken zur Mobilität von morgen, dürfe diese nicht zum Luxus weniger werden. Deshalb fordern die Sozialdemokraten, dass Mobilität bezahlbar, sicher und umweltfreundlich sein muss, sagte Groß. Auch müssten die Arbeitsplätze im Verkehrssektor auf hohem sozialen Standard gesichert werden.

#### **47 Forderungen an die Bundesregierung**

Die Bundesregierung wird im Antrag u. a. aufgefordert, sich bei der EU-Kommission nachdrücklich für die nationalen Belange der Infrastrukturentwicklung und der Fortentwicklung des europäischen Verkehrsraumes einzusetzen und bei der Formulierung von EU-Richtlinien, Verordnungen und Beschlüssen klar auf das Subsidiaritätsprinzip zu achten. Die nationale Verkehrspolitik und Verkehrsplanung in Deutschland soll mit den europäischen Zielen abgestimmt und für einen Neustart einer integrierten Verkehrspolitik genutzt werden. Insgesamt richten die Sozialdemokraten 47 Forderungen an die Bundesregierung, die sie bei der Diskussion und Umsetzung des EU-Weißbuchs einbringen soll.

### **WIRTSCHAFT**

## **Unter Schwarz-Gelb ist Bürokratieabbau zum Stillstand gekommen**

Weniger Bürokratie spart Zeit und Geld. Wird Bürokratie abgebaut, haben gerade mittelständische Unternehmen mehr Spielräume, in innovative Produkte und Dienstleistungen

zu investieren. Nachdem in den letzten Jahren gute Fortschritte erzielt wurden, ist der Bürokratieabbau unter Schwarz-Gelb zum Stillstand gekommen. Die SPD-Fraktion will das ändern.

Sechs Jahre lang hat das Regierungsprogramm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ gute Erfolge erzielt: Es hat unnötige Bürokratie um 20 Prozent verringert und die Wirtschaft um 10,5 Milliarden Euro entlastet.

2009 war damit Schluss: Seit der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb stagniert der Bürokratieabbau. Das Ziel, 25 Prozent der unnötigen bürokratischen Lasten abzubauen, ist immer noch nicht erreicht.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einen Antrag (Drs. 17/7610) verschiedene Maßnahmen, um diesen Stillstand zu überwinden. Dazu gehören neue Initiativen, um den Mittelstand, aber auch Bürgerinnen und Bürger von unnötiger Bürokratie zu entlasten. Das Programm Bürokratieabbau muss vor allem für kleine und mittlere Unternehmen ausgebaut werden. Der Normenkontrollrat muss gestärkt werden.

## PROJEKT ZUKUNFT

# Mehr Transparenz: Bürger bei Infrastrukturvorhaben von Anfang an beteiligen

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen zwar, dass Strom in Deutschland aus erneuerbaren Energien wie z. B. aus Wind erzeugt wird. Doch niemand will, dass die Stromtrassen, die den Strom aus den Windparks im Norden in den Süden liefern, in seiner Nachbarschaft gebaut werden. Viele Infrastrukturvorhaben lösen Proteste in der Bevölkerung aus. Gleichzeitig ist Deutschland als Industriestandort auf eine gut funktionierende, moderne Infrastruktur angewiesen. Deshalb erarbeitet eine Projektgruppe der SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen des „Projekts Zukunft“ Grundlagen für einen Infrastrukturkonsens.

Als ersten Schritt haben die Sozialdemokraten ein Dialogpapier für bessere Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben vorgelegt, das sie am 31. Oktober in einem Werkstattgespräch unter dem Motto „Mehr Bürgerbeteiligung bei Planungsvorhaben. Mitreden – aber wie?“ mit Vertreterinnen und Vertretern von 15 Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland diskutierten.

### Bei Infrastrukturmaßnahmen mehr Demokratie wagen

Die Beteiligung von Bürgern bei Infrastrukturvorhaben zu verbessern, stehe in der Tradition der SPD und der von Willy Brandt, der einforderte, mehr Demokratie zu wagen, stellte SPD-Fraktionsvize Florian Pronold zu Beginn der Veranstaltung fest. Es gehe darum, Bürgerinnen und Bürger bereits an der Entscheidung zu beteiligen, ob ein Infrastrukturprojekt überhaupt realisiert werde oder nicht. Ebenso müssten sie auch über Alternativen bei der Umsetzung mitentscheiden können. Allerdings werde es auch darum gehen, bei den Beteiligungsverfahren nicht nur die Situation vor Ort zu betrachten, sondern auch die Auswirkungen darüber hinaus mit einzubeziehen. Die SPD-Bundestagsfraktion wolle eine moderne und nachhaltige Industriepolitik. Dafür und für die in Deutschland lebenden Menschen müsse gemeinsam mit ihnen definiert werden, welche Infrastruktur in Zukunft benötigt werde.

Hierzu werfe das Dialogpapier rund 60 Fragen auf, die nun zur Diskussion stünden. Ziel sei es, die bisherige Planungskultur zu durchbrechen und neue Wege zu gehen, die einen Konsens über künftige Infrastrukturmaßnahmen ermöglichen. Man dürfe, sagte Hans-Joachim Hacker, Mitglied der Fraktions-Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“, die Bürgerinnen und Bürger bei

Planungsvorhaben nicht mit 30 Meter Akten allein lassen. Für eine bessere und echte Beteiligung seien deshalb neue Formen wie das Mediationsverfahren oder auch eine Planungswerkstatt denkbar.

#### **Nur eine Bürgerbeteiligung von Anfang an ermöglicht eine ergebnisoffene Diskussion**

Die Vertreter und Vertreterinnen der 15 Bürgerinitiativen bewerteten das Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion, einen Infrastrukturkonsens durch eine bessere Bürgerbeteiligung möglich zu machen, sehr positiv. Auch das Verfahren, mit Verbänden und Bürgerinitiativen gemeinsam auf Grundlage des Dialogpapiers eine Lösung zu erarbeiten, fand großen Anklang. Alle waren sich einig, dass sich Bürgerinnen und Bürger bereits vor dem Raumordnungsverfahren an Entscheidungen beteiligen sollten. Denn nur so sei eine ergebnisoffene Diskussion möglich, die auch dahin führen kann, dass ein angedachtes Infrastrukturprojekt nicht umgesetzt oder eine alternative Linienführung vereinbart werde. Die Partizipationsmöglichkeiten sollten breit angelegt sein, und je nach Projekt sollte es Abstufungen bei der Beteiligung geben.

#### **Transparenz, gleiche Augenhöhe und Zugang zu Informationen sind Voraussetzung**

Transparenz bei Infrastrukturvorhaben war ein Schlüsselwort bei den Bürgerinitiativen. So muss nachvollziehbar sein, welche Kriterien ausschlaggebend für die Prioritätensetzung bei Projekten sind. Ebenso muss zwischen öffentlicher Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern die gleiche Augenhöhe bestehen. Dazu gehört, dass die Verwaltung alle Unterlagen in verständlicher Form z. B. im Internet zur Verfügung stellt. Des Weiteren wurde angeregt, den Bürgerinnen und Bürgern während eines Beteiligungsverfahrens einen Ombudsmann zur Seite zu stellen. Auch müssten die Gesetze auf die Höhe der Zeit gebracht und Planungsprozesse beschleunigt werden. Wenn ein Projekt jahrelang nicht begonnen worden sei, müsse eine Revision erfolgen, denn oft veränderten sich die Bedingungen und so auch das Projekt.

Bürgerbeteiligung muss als echte Beteiligung und nicht als Feigenblatt verstanden werden. Eine bessere Beteiligung, betonten die Bürgerinitiativen, könne dazu führen, schneller eine gute Entscheidung zu treffen und Projekte wirtschaftlicher umzusetzen. Hierfür ist eine neue Kultur in der Politik gefragt.

Die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“ wird die Diskussionsergebnisse in die Weiterentwicklung des Diskussionspapiers einfließen lassen. Zudem wurde das Papier an rund 80 Verbände geschickt, die dazu Stellung nehmen. Als weitere Maßnahme wird es ein Dialogpapier zum Bundesverkehrswegeplan geben.

#### **Vertreterinnen und Vertreter der 15 Bürgerinitiativen:**

Norbert Braun , Bürgerinitiative Pro Erdkabel Bad Gandersheim/ Kreiensen

Frank Groß, Pro Rheintal e.V. Bürgernetzwerk

Adalbert Häge, Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein

Bernd Kördel, Bürgerinitiative - Keine 380 kV Freileitung im Schwalm-Eder-Kreis

Susanne May, Bürgerinitiative Röbbel-Groß Hesebeck Keine A 39

Ralf Müller , Friedrichshagener Bürgerinitiative

Heiner Müller-Ermann , Aktionsgemeinschaft gegen die Isenthalautobahn

Dr. Birte Rodenberg, Bürgerinitiative Stadtring Süd Berlin BISS

Klaus Rohmund, Bürgerinitiative "Keine 380-kV-Freileitung im Werra-Meißner-Kreis"

Matthias Rojahn, Bürgerinitiative Pro Erdkabel Bad Gandersheim/ Kreiensen

Peer Schulze, Interessengemeinschaft "Achtung Hochspannung"

Heinz-Jürgen Siegel, Bürgerinitiative Delligsen in der Hilsmulde e.V.

Malte Siegert, Aktionsbündnis gegen eine feste Fehmarnbeltquerung

Dr. Angelina Sörgel, Bremer Bahnärminitiative

Klaus Stöcklin, Bürgerinitiative Atdorf, Verein für den Erhalt des Abhaus und des Haselbachtals e. V.

Dr. Ursula Theiler Bürgerinitiative, "pro Kanallandschaft Kleinmachnower Schleuse"

Ingrid Wagner, Bürgerinitiative Luftverkehr Offenbach

Hartmut Wagner , Bürgerinitiative Luftverkehr Offenbach